ich-bin-sauarm-Preis: **0,50 €**
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **1 €**
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: **100 €**

REVOLUTION

Zeitung der gleichnamigen kommunistischen Jugendorganistion ★ Nummer 15

... Weg mit Hartz IV! ... Stoppt Bildungsabbau! ... Bundeswehr raus aus Afghanistan! ... Nazis entgegentreten! ... Auf die Straße gehen! ...

...übrigens muss dieser Staat zerstört werden!

Krawallen in Frankreich



Während der Aufstände der Jugendlichen in den Vorstädten Frankreichs wurden 8.973 Autos ausgebrannt. Wie kam es dazu?

» Seite 5

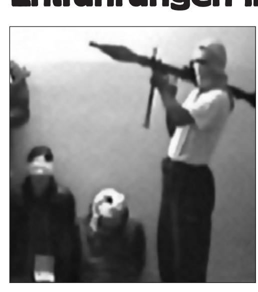
Antifademos in Schweden



Die Nazidemo in Stockholm-Salem konnte nicht verhindert werden. Aber daraus gibt es viele Lehren für AntifaschistInnen.

» Seite 6-7

Entführungen im Irak



Die entführte Archäologin ist wieder frei. Aber was ist mit den unzähligen IrakerInnen, die jeden Tag verschleppt werden?

» Seite 8-9

www.onesolutionrevolution.de

Streik bei Samsung-Berlin

Die 700 Beschäftigten gingen gegen die geplante Schliessung auf die Straße...

aber am Ende haben sie sich doch noch die Hände gereicht. Samsungboss Dong-Sik Kim und IG-Metall-Verhandlungsführer Klaus Abel haben, nach monatelangem Widerstand der Beschäftigten, einen Sozialplan für das Bildröhrenwerk in Berlin-Oberschöneweide zustande gebracht. Die Zustimmung der Belegschaft in Form einer 2/3 Mehrheit bekamen die Beiden noch gleich obendrauf.

Eine schöne Sache könnte man denken. ArbeiterInnen und UnternehmerInnen finden einen Kompromiss, mit dem alle gut Leben können. Doch was hinter der Zustimmung der Beschäftigten steckt ist nichts anderes als pure Not.

18,1% beträgt die derzeitige Arbeitslosenquote in Berlin – sie ist damit eine der Höchsten in ganz Deutschland. Darunter eine exorbitant hohe Zahl an gelernten IndustriearbeiterInnen, die in den vergangenen 15 Jahren Opfer des Ausschlachtens ehemaliger DDR-Staatsbetriebe und der Standtortverlagerungen geworden sind. Für beides ist das Samsungwerk ein hervorragendes Beispiel. Zu DDR-Zeiten arbeiteten in dem VEB „Werk für Fernsehtechnik" 7000 Menschen. Mit der Wiedervereinigung kam der Kapitalismus und mit dem Kapitalismus die Unwirtschaftlichkeit. 1993, kurz vor dem Konkurs, kaufte der Elektronikriese aus Korea das Werk für den symbolischen Preis von einer Mark. Den wirklichen Preis zahlten stattdessen die ArbeiterInnen und der Steuerzahler.

Von den ursprünglich 7000 Jobs blieben nach kurzer Zeit nur noch 800 übrig. Dem Unternehmen wurden vom Senat Fördergelder in Höhe von ca. 30 Millionen Euro bis in das Jahr 2005 bewilligt. Dieses Geld wurde auch sofort verbaut, in einem zweiten Bildröhrenwerk in Ungarn, wo die Löhne im Vergleich zu Berlin nur ein Viertel betragen.

Szene 1: Protest

Trotz 12%er Lohnkürzungen im März 2005 entscheidet die Konzernführung im September, das Werk zu Jahresende dicht zu machen. Kurz darauf versammelten sich mehrere Hundert Mit-



arbeiterInnen zu einer Protestkundgebung vor dem Roten Rathaus und auch die sich im Wahlkampffieber befindende Politik reagierte. Wirtschaftsenator Wolf (PDS) schlug zum Beispiel vor, einfach die Laufzeiten für die Fördergelder zu verlängern, was selbst vom Samsungkonzern abgelehnt wurde. Bürgermeister Wowereit (SPD) traf sich stattdessen mit der Firmenleitung zu einem Gespräch, bei dem jedoch nur Nettigkeiten ausgetauscht wurden.

Szene 2: Streik

Möglicherweise motiviert durch den Arbeitskampf im Bosch-Siemens-Werk in Berlin-Spandau ein paar Monate zuvor, entschied sich die Belegschaft im November zum Warnstreik. Langsam wurden die Aktionen der ArbeiterInnen für Samsung zu einem Imageproblem, so war Gesprächsthema Nr. 1 am Samsung-Stand auf der internationalen Funkausstellung in Berlin nicht die neuen Produkte des Großkonzerns, sondern die Werksschließung in Schöneweide.

Man entschloss sich zu Verhandlungen mit der IG-Metall und das Ergebnis eben dieser ist der sogenannte Sozialplan. Das Werk wird trotzdem geschlossen und 750 der 800 Angestellten werden arbeitslos, aber dafür können sie sich jetzt auf ein Jahr von Samsung bezahlte Qualifizierungsmaßnahmen „freuen." In den Ohren der Beschäftigten muss das einfach nur zynisch klingen, aber allein die Hoffnung ein Jahr länger von Hartz IV entfernt zu sein, lies die überragende Mehrheit dem Plan zustimmen.

Nun stellt sich für alle Beteiligte sowie alle BeobachterInnen die Frage: Was ist die Perspektive eines solchen Kampfes? Sind wir nicht alle hoffnungslos den Gesetzen des Marktes unterworfen? Lohnt es sich überhaupt, Widerstand gegen solche übermächtigen, multinationale Konzerne zu leisten?

Kurze Antwort: Ja. Wenn irgendwo Beschäftigte entlassen oder Betriebe geschlossen werden sollen, müssen diese sofort von den ArbeiterInnen besetzt und blockiert werden, um den Bossen die faktische Verfügungsgewalt zu entziehen. Arbeitskämpfe müssen miteinander Verbunden werden – zum Beispiel läuft momentan in einem tschechischen Samsung-Werk eine ähnliche Auseinandersetzung, weil die Firma ebenfalls mit Standortverlagerung droht. Wenn die Konzerne grenzüberschreitend agieren können, müssen die ArbeiterInnen das auch können.

Szene 3: Bewegung

Für solche Auseinandersetzungen brauchen wir kampfbereite Gewerkschaften, die sich nicht der „Nation" und ihrem „Standort" verpflichtet fühlen, sondern einzig und allein den Rechten der ArbeiterInnen. Um die Gewerkschaften von der Herrschaft der ReformistInnen, die ihren Parteifreunden im Senat nicht schaden wollen, zu befreien, ist eine klassenkämpferische Basisbewegung in den Gewerkschaften notwendig..

von Carsten aus Lichtenberg

+ Die Linkspartei.PDS: auf dem Papier und in der Praxis + Die Linkspartei.PDS: auf

Die Praxis der Linkspartei in der Berliner Regierung liegt oft weit entfernt vom offiziellen Parteiprogramm. Ein paar Beispiele...

„Die PDS lehnt eine weitere Privatisierung der Daseinsvorsorge ab"
... und privatisiert selbst die Berliner Wasserbetriebe und die Wohnungsgesellschaft GSW, was für Hunderttausende BerlinerInnen Miet- und Preiserhöhungen bedeutet. Der öffentliche Vehrkehrsbetrieb BVG wurde nicht privatisiert, aber durch Preiserhöhungen für SozialhilfeempfängerInnen und Lohndrückerei für die Beschäftigten „wettbewerbsfähig" gemacht.

„Die PDS unterstützt gewerkschaftliche Auseinandersetzungen für Lohnerhöhungen"
... und versucht, den Beschäftigten der Charité von Lohnverzicht in einem Volumen von 30 oder 40 Millionen Euro zu überzeugen – sonst droht der Aufsichtsratsvorsitzende Flierl (PDS) mit 1.500 Entlassungen. Die gewerkschaftlichen Mobilisierungen, die sich gegen die PDS richteten, wurden natürlich nicht unterstützt.#

„Die PDS unterstützt die Verteidigung von Flächentarifverträgen"
... und steigt als erstes Bundesland aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), einem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, aus. Dies hat zu Lohneinbußen für fast alle Angestellte des Landes Berlin geführt.

„Die PDS fordert die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich"

Neoliberale Gurken

Was soll eine linke Partei machen? In Berlin streiten sich die „Gurken" (PDS über WASG) und die „Neoliberalen" (WASG über PDS) über ihre bevorstehende Fusion.

Seit der Bundestagswahl ist die Rede von einem „Aufbruch von links". 54 lila Sitze im Bundestag kann die Linksfraktion als ihre Eigenen bezeichnen. Aus den zwei Parteien, die momentan diese Fraktion stellen, soll eine werden. Die Linkspartei (umbenannte PDS) und die WASG sollen bis 2007 zu einer gemeinsamen Partei fusionieren.

Aber die Berliner Landesverbände der beiden Parteien widersetzen sich den Hochzeitsplänen. Grund dafür sind die Berliner Abgeordnetenhauswahlen, die im September 2006 anstehen. Die PDS will ihre Koalition mit der SPD, mit der sie seit 2001 die Regierung der Hauptstadt stellt, fortsetzen. Die WASG will allein, d.h. gegen die PDS, kandidieren.

Die PDS ist auf ihre Regierungsbeteiligung stolz. Aber die Mehrheit der WASG-Mitglieder will mit der Politik des Berliner Senats nichts zu tun haben – nicht wenige von ihnen sind ehemalige PDSler, die aus genau diesem Grund die PDS verlassen und die WASG gebildet haben. Der „rote-rote Senat" betreibt auf Landesebene im Wesentlichen dieselbe Politik, welche PDS und WASG auf Bundesebene als „neoliberal" anprangern. (siehe Kasten unten)

Berlin ist überall

Politpromis der PDS (wie der ehemalige Berliner Landesvorsitzende Stefan Liebich) und der WASG (wie ihr Fraktionsvorsitzender und Chef Lafontaine) wollen, dass die fusionierte Partei „regierungsfähig" wird. Sie träumen von einer Bundesregierung aus SPD, Grünen und Linkspartei ab 2009. Dabei wird auf das gute Beispiel von Berlin verwiesen.

In einem Diskussionspapier hoher PDS-FunktionärInnen wird behauptet, dass Berlin „sozialer" sei als vor dem Amtantritt des PDS-SPD-Senats: es gab weniger Privatisierungen von öffentlichen Betrieben, als es in anderen Bundesländern gab; es gab nicht so viele Zwangsumzüge von ALG-II-EmpfängerInnen, als es hätten sein können usw. Mit anderen Worten: die Verschlechterungen gehen mit SPD-PDS langsamer vor sich, als es mit SPD-CDU der Fall wäre.

Das ist aber weit von dem entfernt, was PDS und WASG versprechen: Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden und einen leckeren Eierkuchen für jeden Erwerbslosen. Die PDS will „Sozialismus", die WASG will ein „gerechtes Wirtschaftssystem" (ohne zu sagen, ob dieses kapitalistisch sein könnte). Beiden Parteien eint, dass sie in ihren Programmen keinen Weg zu diesen Zielen vorweisen, und stattdessen kleine Reformen fordern, die über Mehrheiten im Parlament zu erlangen seien.

Sollte die Linkspartei in eine Bundesregierung eintreten, würden wir in der Tat das Beispiel Berlin neu erleben: Kürzungen, die mit vielen Bauchschmerzen durchgezogen werden. Der Versuch, den Kapitalismus menschlich zu machen, muss dazu führen, dass man dieses unmenschliche System selbst verwaltet.

Welche Alternative?

Es ist toll, wenn die Berliner WASG die Politik des „sozialistischen Sozialabbaus" nicht unterstützen will. Vorerst wird es also eine Vereinte Neoliberale Gurkenpartei in Berlin nicht geben. Aber was will die WASG stattdessen?

Die „Ablehnung von Beteiligungen an Regierungen, die Sozialabbau betreiben" hat sie auf ihrer Fahne geschrieben. Diese Fahne zeigt die Berliner WASG bei verschiedenen Protesten, z.B. beim Arbeitskampf an der Charité. Diese Sachen sind unterstützenswert, jedoch kein Hinweis auf die Gesellschaftsform, die diese Partei anstrebt.

Welche Regierung würde sie errichten, wenn sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bringen könnte? Eine bürgerliche Regierung, zusammengesetzt aus SPD, Grünen und Linke, die nur dort kürzt, wo es „wirklich, absolut notwendig" ist? Oder eine sozialistische Regierung, die sich auf Räte der Werktätigen stützt, und beginnt, den Staatsapparat zu zersetzen und das Privateigentum abzuschaffen? Wer dieser Frage ausweicht, beantwortet sie im Sinne der herrschenden Verhältnisse!

In diesen Tagen soll man sich nicht nur an den Namen, sondern auch an die Politik von Rosa Luxemburg erinnern. Leicht umgeschrieben lassen sich ihre Schriften auch heute anwenden:

„Auf die neueste Rede [der Frau Merkel] muß die Antwort in der Debatte gegeben werden. Klipp und klar müssen wir sagen: ***‚Im übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.'*** *Die Eroberung der politischen Macht bleibt das Endziel und das Endziel bleibt die Seele des Kampfes."*

Sozialismus oder was?

„Eroberung der politischen Macht" – das bedeutet nicht die Macht einer angeblich sozialistischen Partei über den kapitalistischen Staat, sondern die Macht der Werktätigen über die Wirtschaft und über jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens. Ein solches Endziel ist nur über einen revolutionären Kampf zu erreichen.

Denn nur so kann man erreichen, wie Gysi immer wieder feststellt, dass „der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte" ist.

von Wladek aus Kreuzberg

dem Papier und in der Praxis + Die Linkspartei.PDS: auf dem Papier und in der Praxis +

... und zwingt den Beschäftigten der BVG einen Tarifvertrag auf, der die Arbeitszeit leicht verkürzt, aber dafür kräftig die Löhne um insgesamt 30 Millionen Euro senkt.

„Die PDS basiert auf konsequentem Antifaschismus"

... und ist an Hausdurchsuchungen bei AntifaschistInnen und dem Polizeischutz von Nazi-Demos beteiligt.

Beim Rudolf-Hess-Gedenkmarsch hat die Berliner PDS drei Tage vorher erfahren, dass Hunderte Nazis einen Marsch durch Friedrichshain als Ausweichroute für die verbotene Demo in Wunsiedel planen, aber sie gab diese Infos erst am Tag davor bekannt.

"Die PDS fordert eine angemessene Wohnung und selbstbestimmtes Wohnen für alle Bürgerinnen und Bürger"

Wegen der „konsequenten Umsetzung" der Hartz-Gesetze, zu der die PDS sich verpflichtet hat, werden Zehntausende ALG-II-EmpängerInnen zu Umzügen in billigere Unterkünfte gezwungen. Die PDS-Bürgermeisterin von Kreuzberg versucht, das Hausprojekt New Yorck (dessen BewohnerInnen vor einigen Monaten aus der Yorck59 geräumt wurden) aus dem Bethanien zu vertreiben.

Eine ebensolche Liste ließe sich über die Regierung Mecklenburg-Vorpommerns, an der die Linkspartei ebenfalls beteiligt ist, erstellen. Aber warum? Es gibt einen krassen Widerspruch zwischen dem Wunsch nach Sozialismus und dem Wunsch, in einer kapitalistischen Regierung dabei zu sein. Dabei entscheidet sich die PDS konquent für „realistische" Lösungen, also für den Sozialabbau.

Was ist eigentlich der ... Stalinismus?

Auf Demos, vor allem auf der Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demo, sieht man immer wieder Stalin-Bilder. Meist wird dieser Personenkult nur belächelt. Doch Stalinismus ist mehr als das Tragen von Stalin-Porträts.

Unter Sozialismus stellen sich die meisten Menschen heutzutage ein stalinistisches Regime vor: mit nur einer einzigen Partei, einer allmächtigen Bürokratie, wenig politischen Freiheiten usw. Doch 1989 wurde nicht der Sozialismus, sondern der Stalinismus zu Grabe getragen. Die UdSSR und die DDR waren trotz ihrer sozialistischen Floskeln weit entfernt vom Sozialismus – und noch viel weiter vom Kommunismus.

Der Stalinismus entstand aus der Isolation und Degeneration der Russischen Revolution nach 1917. Er war aber nicht das unausweichliche Endergebnis der Revolution.

Der junge Sowjetstaat war mit der Zerstörung und dem wirtschaftlichen Ruin des Ersten Weltkriegs konfrontiert und erlebte Attacken konterrevolutionärer Kräfte aus dem eigenen Land und dem Ausland. Die russische Arbeiterklasse wurde dezimiert, viele ihrer besten KämpferInnen fielen im Bürgerkrieg. Hungersnöte entstanden, die Industrie kam zum Stillstand und die Sowjets, die demokratischen Räte, auf die sich die Revolution gestützt hatte, waren nur noch ein Schatten ihrer selbst.

Zu Lenins Zeiten wartete man auf siegreiche Revolutionen in den entwickelten Industriestaaten des Westens. Man wusste, dass Sowjetrussland allein aufgrund seiner Rückständigkeit nicht in der Lage sein würde, den Sozialismus aufzubauen.

Noch 1922, auf einem Kongress der Kommunistischen Internationale, hieß es in einer von Lenin verfassten Resolution, dass *"die proletarische Revolution nie vollständig siegreich in einem einzigen Land sein kann, sondern (sie) muss den Sieg international erringen, als Weltrevolution."*



Sozialismus in einem Land?

Die Stalin-Fraktion innerhalb der Kommunistischen Partei jedoch brach, nach dem Ausbleiben siegreicher Revolution im Westen, mit dieser Konzeption. Bereits 1924, nach der Niederlage der deutschen Revolution von 1923, verkündete Stalin, dass der Sozialismus auch nur in einem Land aufgebaut werden könnte. Somit wäre die Internationalisierung der Revolution nicht mehr notwendig – stattdessen wäre ein friedliches Nebeneinander mit den kapitalistischen Staaten anzustreben. Diese Konzeption äußerte sich unter anderem in der Theorie der Volksfront. Nach dieser 1935 verkündeten Strategie hätten sich KommunistInnen und die Arbeiterklasse mit den „demokratischen" Teilen der Bourgeoisie zu verbinden. Das führte zur Blockade möglicher sozialistischer Revolutionen in mehreren Ländern: 1936 in Spanien, 1944 in Italien und Frankreich, wo die jeweiligen KPen eine Schlüsselrolle spielten, um die Kämpfe der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus zu halten, damit die Sowjetunion gute diplomatische Beziehungen zu den jeweiligen herrschenden Klassen pflegen könnte.



der „Mann aus Stahl" hat einige komische Theorien hinter lassen...

Diese Politik war alles, nur keine Politik des revolutionären Kommunismus. Das praktische Ergebnis war die Unterordnung der Weltrevolution unter die Bedürfnisse der sowjetischen Bürokratie und die Manipulation der Parteien der Kommunistischen Internationale als Instrumente ihrer Außenpolitik. Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Kommunistische Internationale aufgelöst, um den guten Willen der Bürokratie gegenüber den Alliierten zu beweisen. Die Idee, dass sie eine Weltrevolution anstreben würde, sei – O-Ton Stalin – „ein tragikomisches Missverständnis" gewesen.

Gegen diese Strategie gab es eine breite innerparteiliche Opposition. Zehntausende KommunistInnen, unter ihnen bekannte Revolutionäre wie Trotzki, Radek, Sinowjew und unzählige andere kämpften weiterhin für eine revolutionäre Perspektive. Diese Opposition wurde jedoch mit aller Härte bekämpft. Auf den Bruch mit dem sozialistischen Internationalismus, musste der Bruch mit der sozialistischen Demokratie folgen. Immer mehr KritikerInnen des Stalin-Regimes wurden als „Verschwörer" verhaftet, deportiert und erschossen.



Die stalinistische Bürokratie

1921 war Russland bei weitem keine sozialistische Gesellschaft. Lenin beschrieb sie als Arbeiterstaat mit bürokratischen Deformationen. In dieser Situation der Isolation entwickelte sich eine Schicht immer einflussreicher werdender BürokratInnen, die sich bald zu einer neuen Kaste verfestigte. In den bürgerlichen Geschichtsbüchern wird sie oft Nomenklatura genannt.

Diese Bürokratie hatte Privilegien und wollte deswegen den Status Quo wahren. Stalin und seine Nachfolger waren nichts weiter als Repräsentanten dieser bürokratischen Kaste. Zwar hat Stalin die Herrschaft der Bürokratie durchgesetzt, doch die Geschichte zeigte, dass die Bürokratie auch ohne Stalin weiter überleben konnte. Stalinismus ist daher mehr als die Herrschaft Stalins. Trotzki, der den Stalinismus analysierte, erkannte, sollte die Bürokratie eines Tages ihre Macht in Gefahr sehen, so würde sie bei der Restauration des Kapitalismus eine führende Rolle spielen.

Restauration des Kapitalismus

Der Stalinismus war zum Zusammenbruch verurteilt, denn er war auf dem Widerspruch von sozialistischem Eigentum und Entrechtung der Arbeiterklasse aufgebaut. Er blieb eine Kraft für die Reaktion, ein Hindernis für den Sozialismus und ein Feind für die Arbeiterklasse.

Das Bestehen des Stalinismus und seine Ausdehnung erwiesen sich historisch als nicht überlebensfähig, weil die eigene Arbeiterklasse von der Machtausübung ausgeschlossen war.

Die Auflösung der Sowjetunion durch die stalinistische Bürokratie bewies nicht das Scheitern des Sozialismus oder des Marxismus. Vielmehr war sie ein Beweis für die Untauglichkeit der Perspektive des Sozialismus in einem Land.

Wie schnell sich die „kommunistischen" Parteien der Sowjetunion angepasst haben, sieht man u.a. am reibungslosen Verlauf der kapitalistischen Restauration von 1989/90 – ehemalige KommunistInnen wurden schnell zu Unternehmern und Oligarchen.

von Okko aus Prenzlauer Berg

„Jusqu'ici tout va bien...“ *

„Bis hierher läuft alles gut....“ Damit hat man sich über die Situation in den Vorstädten Frankreichs getröstet. Aber die Krawallen der Jugendliche haben klar gemacht, dass alles nicht gut läuft.

Frankreichs Ghettos brannten 2005. Und das nicht erst seit Ende Oktober. Der Brand schwelte bereits seit langem.

Schon in vergangenen Jahren kam es immer wieder zum Aufflackern des Widerstandes der Jugendlichen aus den Banlieus gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie leben müssen.

Am Donnerstag, den 27. Oktober 2006 war es erneut soweit. Die drei 15-, 17- und 21-jährigen Jugendlichen Bouna, Zyed und Metin aus Clichy-sous-Bois, einem Vorort von Paris, die abends vom Fußballspielen kamen, waren auf dem Weg nach Hause. Hungrig, denn es war Ramadan und sie hatten den ganzen Tag nichts gegessen, flüchteten sie vor der verhassten Polizei, um der üblichen Schikanierung (mehrere Personalienkontrollen auf der Wache an einem Tag sind z.B. nichts Ungewöhnliches) durch die Beamten zu entgehen.

Sie suchten schließlich in einem Umspannhäuschen Schutz und erlitten heftige Stromschläge. Bouna und Zyed starben; Metin wurde, nachdem er sich nach Hause geschleppt hatte, schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert.

Die Regierung ließ verlautbaren, es habe sich bei der Gruppe von Jugendlichen, zu der auch Bouna, Zyed und Metin gehörten, wahrscheinlich um Einbrecher gehandelt. Die drei Opfer seien außerdem gar nicht von der Polizei verfolgt worden.

Haarsträubend! Genau wie die weiteren Äußerungen der Regierung, als die ersten Jugendlichen ihrem Frust mit Riots Luft gaben. Innenminister Sarkozy sprach von den Randalierenden als „Abschaum“ und „Gesindel, das man wegpusten muss“.

Wie kam es dazu?!?

Auch die Tränengasgranate der Polizei, die am darauffolgenden Sonntag im Gebetsraum einer Moschee explodierte, in dem sich etwa 200 Betende befanden, trug dazu bei, dass sich der Aufstand zum Flächenbrand entwickelte.

Die Gründe für die Gewalt liegen auf der Hand: Wer in Clichy-sous-Bois oder einem anderen der Vororte der französischen Großstädte lebt, hat praktisch schon verloren.

Die Jugendlichen haben oft keinen oder nur einen schlechten Schulabschluss und erst recht keine Arbeit. Wollen sie sich bewerben, sollten sie es tunlichst unterlassen, ihre wahre Adresse anzugeben, denn dann ist der Misserfolg schon vorprogrammiert. Ein Großteil der Familien lebt unter der Armutsgrenze. Als wenn das alles noch nicht reichte, müssen sich viele der Jugendlichen, von denen ein großer Teil aus Einwanderer-Familien stammt, auch noch alltägliche rassistische Diskriminierungen gefallen lassen.



Die Polizei ist hier – wie so oft – nicht Freund und Helfer, der Staat spielt hier nicht den fürsorgenden Vater, er ist vielmehr der Unterdrücker, der nicht die Armut, sondern die Armen bekämpft.

Die jugendlichen „Maghrebien“ hassen ihre Lebenssituation und das zu Recht.

Links heißt Solidarität?!?

Gerade die (relativ starke) französische Linke müsste auf diese Missstände verweisen und den Aufstand unterstützen, um dadurch der rebellierenden Jugend eine Perspektive des Klassenkampfes und der Revolution zu eröffnen.

Aber weit gefehlt. Selbst trotzkistische Gruppierungen wie „Lutte Ouvrier“ oder die „Ligue Communiste Revolutionaire“ haben sich nicht gerade darum bemüht, die Aufständischen konsequent gegen die Angriffe des bürgerlichen Lagers zu verteidigen, welche den Aufstand mal als rein kriminell, mal als islamistisch darstellen.

Stattdessen unterschrieb LO eine gemeinsame Erklärung u.a. mit attac und der stalinistischen PCF, in der die Gewalt als selbstzerstörerisch verurteilt wird und es als notwendig bezeichnet wird, die Krawalle um der Bevölkerung willen, „die ganz legitim nach Ruhe strebt“, zu beenden.

Nicht erkannt wurde, dass die arbeitslosen Jugendlichen der Banlieues von sich aus nicht die Notwendigkeit der Überwindung der bestehenden Verhältnisse erkennen können. Ihr Aufstand ist aus einer Lage der Verzweiflung, einem Gefühl von totaler Auswegslosigkeit motiviert und muss folglich „selbstzerstörerisch“ sein.

So, ohne die Unterstützung der ArbeiterInnen und ihrer Organisationen, gibt mensch den Jugendlichen das Gefühl, wirklich alleine zu sein. Nur die Vernetzung der verschiedenen sozialen Kämpfe miteinander – die der Jugend mit denen der Arbeiterklasse – kann die Lösung bringen.

Der so vereinzelte Kampf der Jugendlichen wurde von der hochgelobten Republik mit brutaler Härte, durch massiven Polizeieinsatz zum Erliegen gebracht. Dazu wurde am 15. November auch der Ausnahmezustand ausgerufen.

Das Gesetz dazu stammt aus der Zeit des Algerienkrieges. Einige jugendliche „Maghrebien“ werden sich vielleicht noch an Geschichten von Familienangehörigen über den 17. Oktober 1961 erinnern, als in Paris 300 algerische DemonstrantInnen von der französischen Polizei ermordet und über zehntausend AlgerierInnen in Sammellager gebracht wurden. Der rassistisch-nationalistisch motivierte Ausnahmezustand gilt noch bis Februar 2006.

Morgen in Deutschland?!?

Das kapitalistische System bewegt sich immer schneller auf die nächste Krise zu. Die Vertreter der „Politik“, z.B. die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, benennt vor allem fehlende Deutschkenntnisse als Ursache für soziale Unruhen. Deshalb kann es in nicht allzu ferner Zukunft auch in Deutschland zu ähnlichen Eskalationen kommen.

Kein arbeitsloses Einwandererkind wird mit der Profitgesellschaft zufrieden sein, weil man es in den Deutschunterricht gezwungen hat.

Da die bestehende Gesellschaft die sozialen Spannungen und Probleme immer wieder erzeugt und verschärft, kann letzendlich nur ihre Überwindung und die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft der Weg sein, um jegliche „Gewalt zu beenden, welche die Bevölkerung belastet, die ganz legitim nach Ruhe strebt“.

von Jalava aus Kreuzberg

* Das Zitat stammt aus dem Film „Hass“ („La Haine“, Frankreich, 1995). Wer einen Einblick in die sozialen Spannungen in den französischen Vorstädten will, soll sich diesen Film anschauen.

Liegt Berlin in



Am 9. Dezember 2000 kam in dem Stockholmer Vorort Salem der junge Nazisympathisant Daniel Wretström bei einer Auseinandersetzung mit MigrantInnen ums Leben. Die schwedischen Nazis wussten die Situation für sich zu nutzen: Sie machten aus Daniel Wretström einen Märtyrer und schufen dadurch ein symbolisches Datum, an dem alle Nazis zu einem gemeinsamen Aufmarsch mobilisiert werden können. Aber auch die internationale Linke mobilisiert seit 2001 für Gegenaktionen.

Die Nazidemonstration hatte dieses Jahr ca. 1200 TeilnehmerInnen und es war auch das zweite Jahr in Folge, wo die Nazis – im Gegensatz zu den AntifaschistInnen – in den Medien als höflich und ordentlich dargestellt wurden.

REVOLUTION Stockholm war Teil einer Gegendemonstration, die vom Netzwerk gegen Rassismus auf dem Norrmalm-Platz organisiert wurde. Nach den Aktionen mischte sie sich ein in die vielen Debatten in der antifaschistischen Szene in Stockholm und Schweden ein.

Antifa = Aufklärung?

An der Demonstration mit über 1000 Leuten nahmen neben REVO viele linke Gruppen teil. Die poststalinistische Linkspartei dominierte das Mikrofon. Von der politischen Aussage her war die Demonstration ziemlich lahm, die Reden, die auf den Kundgebungen gehalten wurden, hatten vor allem eins gemeinsam: sie thematisierten die Frage von Antifaschismus ohne jede Verbindung mit dem Gesellschaftssystem, welches rassistische Ideologien nutzt und faschistische Ideologien immer wieder erzeugt. Stattdessen betonten die SprecherInnen die Notwendigkeit von Aufklärung und Auseinandersetzung mit faschistischen Demagogen – eben den gewöhnlichen, liberalen Antifaschismus ohne jegliche Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Ursachen von Rechtsextremismus, den wir von jeder Berliner Bündnis-Demo kennen.

Beispielsweise sprach ein Mitglied der Linkspartei über die ansteigende rechte Gewalt gegen Homosexuelle ohne jeglichen Aufruf zur Bildung von Selbstverteidigungsgruppen oder irgendeine Überlegung wie wir eine Befreiung von der heterosexuellen Zwangsnorm erreichen könnten. Keiner der RednerInnen war in der Lage, die Verbindung zwischen staatlichem Rassismus, der Ausländer- und Sozialabbaupolitik der Regierung und dem Ansteigen von Rassismus und Faschismus herauszustellen.

Aber auch bessere Momente der Demo sollen erwähnt werden: neben der großen Anzahl von jungen DemonstrantInnen war vor allem der Schwedische radical hip hop act „Björnbröder" eine willkommene, militante Erweiterung der reformistischen oder liberalen Laberei. Sie klauten ein großes Nazi-Transparent auf dem Weg zu der Demo und nachdem das Anzünden dessen leider fehlschlug, warfen sie es ins Publikum, wo es zerrissen wurde. Das brachte natürlich gute und militante Stimmung.

Antifa = Faschos prügeln?

Die AFA (Antifaschistische Aktion Schweden) und ihre internationalen Bündnispartner veranstalteten eine sonderbare Show: Eine Blockade von Pendlerzügen, die angeblich Nazis nach Salem bringen sollte, wurde im Voraus bekannt gegeben. Gruppen von AntifaschistInnen schlichen durch die Innenstadt von Stockholm auf der Suche nach einzelnen Faschos, um sie zu verprügeln, aber die Nazis waren größtenteils unterwegs nach Salem zur Demonstration. Die Faschisten konnten laufen und die Linke hatte zahlreiche Festnahmen und Verletzte zu verzeichnen ... Irgendwie erinnert mich das an jeden zweiten Naziaufmarsch in Berlin.

Die zwei Teile der antifaschistischen Bewegung gehen unterschiedlich mit dem Misserfolg, die Nazidemonstration zu stoppen, um. Die Linkspartei und ihre Bündnispartner fordern die Regierung auf, die Verantwortung zu übernehmen.

Die AFA führt nun eine interne Diskussion, die für jede/n Antifaschisten/in interessant ist. Die Einen nennen sich selbst Revolutionäre Front (eine Absplitterung von AFA, die noch im freundschaftlichen Verhältnis stehen, aber „gewaltorientierter" sind und in Richtung „Lifestyle"-Antifa gehen) und stehen für eine Art rohen Antifaschismus. In einem Bericht schreibt die RF: *„trotz der anwesenden Polizei, war RF in der Lage in [dem Stockholmer Vorort] Solna an zwei Nazis Hand anzulegen. Diese zwei hässlichen Gesichter werden in der Zukunft ein wenig demoliert aussehen"*. Nach diesem Trost für die schiefgegangene Blockade, fuhren sie in *„die reicheren Teile von Stockholm. In Östermalm sorgten sie dann für einen etwas ungewöhnlichen Zusatz zum Weihnachtseinkauf indem sie Schaufensterscheiben zerschmetterten, teure Weihnachtsgeschenke befreiten und einzelne Zivilpolizisten angriffen."*

Die RF erklärt weiter, dass *„die Polizei ihre Mission, die Nazis vor uns zu schützen, gut ausgeführt hat"*. Trotz des Misserfolges in Salem behauptet die RF, dass die Zahl der Nazis dieses Jahr geringer war als in den letzten Jahren, weil es eine *„wunderbare und große antifaschistische Arbeit"* gab. Selbst wenn das stimmen würde, würde das bedeuten, dass ihre eigenen Taktiken kaum zum "Erfolg" führten.

Antifa = Chaos?

Es ist kaum überraschend, dass diese unseriöse Betrachtung der RF eine Menge Kritik erregte. Die AFA3 aus Malmö richten ihre Kritik nicht nur auf die Mobilisierung vor Salem, sondern auch in Richtung der generellen Arbeit der AFA.

Hinsichtlich der Blockade schreiben sie: *„Sie werden die Nazidemonstration nicht aufhalten, sie werden die organisierten Nazis nicht stoppen, aber sie werden die Sympathisanten aufhalten und es für sie schwerer machen daran teilzunehmen."* AFA3 glaubt zwar, dass die gewählte Taktik richtig war, aber dass der organisatorische Bereich katastrophal war. Sie erklären, dass man anfänglich *„wirklich in der Lage war, die Innenstadt von Stockholm in eine Antifaschistische Zone zu verwandeln"*. Aber die Kooperation verschwand und die Situation wandelte sich in ein *„Katz-und-Maus Spiel mit den Bullen."*

Danach folgt eine Beschreibung des Chaos, in dem der Versuch der antifaschistischen Blockade endete. Davon haben auch Berliner AktivistInnen nach ihrer Rückkehr aus Salem berichtet. Das Elend begann schon während der Planung vor dem Sommer: *„Keiner der ursprünglichen Pläne wurde durchgeführt, die meisten Gruppen erfüllten die Aufgaben, die sie ursprünglich angenommen hatten, nicht und auf jedem Vorbereitungstreffen wurden die Pläne geändert"*. Das dürfte jedem

Zwei Berliner Antifas waren nach der Demo mehr als ein Monat in Untersuchungshaft:
➟ **www.soligruppe-schweden.tk**

Schweden?

Oder liegt Stockholm in Deutschland? Was Antifa-Proteste angeht, gibt es erstaunliche Paralelle zwischen beiden Städten. Der Versuch, eine Nazidemo in Stockholm zu verhindern, ist gescheitert. Schwedische AntifaschistInnen diskutieren die Lehren aus der Aktion – dabei können AktivistInnen aus Berlin einiges lernen.

bekannt vorkommen, der schon einmal auf Berliner Vorbereitungstreffen gesessen hat!

Die Analyse von AFA3 führte zu einem ziemlich großen Streit zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb des AFA Netzwerks. Die Blockade gegen die Salem-Demonstration in den letzten zwei Jahren *„wurde zu einem großen Umfang von AktivistInnen organisiert, die nur zu diesem Anlass nach Stockholm reisen“*. Außer der Syndikalistischen Jugend war keine einzige linke, außerparlamentarische Gruppe aus Stockholm in die Organisation der Blockade involviert. Die Kritik ist hier sogar noch umfassender und zielt auf die ganze, übliche Orientierung der AFA. *„AFA hat sich selbst von der außerparlamentarischen Linke abgeschnitten und versucht ihren Antifaschismus ‚rein‘ und unverbunden mit sozialen Kämpfen zu halten. Das ist ein fundamentaler Fehler.“*

Antifa = Militanz?

Die AFA3 gibt eine kurze Beschreibung von der „anifaschistischen Praxis“ – der Straßenmilitanz: *„Die Straßenkämpfe erfordern kleine, gut zusammengeschweißte Gruppen mit Erfahrung im Kämpfen. Mit der Ausbreitung der Straßenmilitanz haben die AntifaschistInnen auch mehr und mehr Einflüsse der Hooligans übernommen.“* Die Entwicklung scheint verheerend zu sein und sollte entweder zu einer neuen Orientierung der Szene oder zu deren schnellen Degenerierung führen: *„Dadurch hat sich der politische Fokus von der Betrachtung der Nazis als Problem an sich, welches bearbeitet werden muss, verschoben zu der ausschließlichen Frage nach der Anzahl überfallener Nazis. Die Straßenmilitanz wird zu einer Frage interner Mobilisierung, also ob man in der Lage ist, genügend zuverlässige Kämpfer übers Telefon zu erreichen und nicht zur Frage externer Mobilisierung: was bedeutet, die Konflikte auszuweiten und Stärke basierend auf Mitgliedern aufzubauen. Das Risiko besteht darin, Antifaschismus auf eine Frage von Bandenkrieg zu reduzieren, wir gegen sie, zwei Gruppen gegeneinander, ...“*

Besser hätten wir es nicht sagen können.

Am Ende ihrer Thesen beschreibt die AFA3 die Beziehungen zwischen ihrer eigenen Bewegung und dem Netzwerk gegen Rassismus (NMR). Die Kooperation zwischen NMR und den Gewerkschaften wird als wichtige Verbindung zu einem größeren Publikum angesehen: *„NMR braucht AFA und AFA brauch NMR“*.

Dies ist der Ort wo sich die unterschiedlichen Pole der antifaschistischen Bewegung in Schweden treffen. Es ist schwer, nicht zu dem Schluss zu kommen, dass es hier um eine umfassende Arbeitsteilung geht: wenn ihr euch mit Kindern, alten Menschen und anderen wehrlosen AntifaschistInnen beschäftigt, harmlose Treffen mit gut gemeinten Reden und einer niemals endenden Parade von KünstlerInnen machst – werden wir, die wahren AntifaschistInnen uns um die Nazis kümmern. Zugegeben, wir können ihre Demonstration nicht aufhalten, aber wir können sie vorher und hinterher jagen und wenn wir keine finden können oder die Polizei uns stoppt, finden wir stets etwas anders zu tun – wie z.B. Schaufensterscheiben einschlagen und das Eine oder Andere klauen.

Antifa = Antikapitalismus = Organisation = Revolution!

Diese Arbeitsteilung ist vernichtend – vor allem weil es keine politische Auseinandersetzung mit den Menschen auf der anderen Demonstration gibt. Die Linkspartei-BürokratInnen haben leichtes Spiel, jegliches Entgegentreten der Nazidemo als unpolitische Krawallmacherei abzutun.

Wer glaubt, ein paar hundert jungendliche Antifas können die Nazis aufhalten oder gar den staatlichen Rassismus abschaffen, lebt in einer Traumwelt. (Diese Traumwelt existiert in Berlin wie in Stockholm.)

Um solche Naziaufmärsche zu verhindern, müsste man wenigstens die 1.000 Menschen auf der linken Demo einbinden. Aber darüber hinaus muss die Verbindung zwischen Faschismus, staatlichem Rassismus und dem kapitalistischen System konsequent aufgezeigt werden, um breite Schichten von ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendliche auf die Straße zu bringen. Damit wären nicht nur viel größere Aktionen möglich – es würde sich auch zeigen, dass die Apparatschiks der Linkspartei und andere halbstaatliche „AntifaschistInnen“ solche Aktionen zu verhindern versuchen. An dem Punkt macht eine Kritik des Reformismus richtig Sinn.

Das ist die Arbeit, die auf uns wartet. Einzelne Nazis zu jagen, führt zu nichts anderem als Bandenkrieg. Wir wollen aber die gesellschaftlichen Strukturen, die Rassismus und Faschismus hervorbringen, abschaffen. Dazu braucht es ein bisschen mehr als einen schwarzen Pulli und einen Stein in der Hand – dazu braucht man ein antikapitalistisches Programm und eine revolutionäre Strategie. In dem Sinne arbeitet REVO in vielen Ländern.

von Natalie aus Prag und Peo aus Stockholm



Fickt das System. Mit den neuen Buttons von REVOLUTION! 25mm groß. 22 verschiedene Motive. 1€ pro Button. Nicht inklusive Porto.

Lasst den Irak

Alle rufen zur Befreiung der entführten deutschen Archäologin Susanne Osthoff auf. Aber was ist mit den unzähligen IrakerInnen, die jeden Tag von den Besatzungsmächten entführt werden?

Die deutsche Archäologin Susanne Osthoff und ihr irakischer Fahrer wurden am 25. November von Aufständischen im Nordirak entführt. Diese fordern in einem Video, dass die deutsche Regierung die Zusammenarbeit mit der von den USA installierten Regierung in Bagdad beendet und jegliche Unterstützung der Besatzung einstellt.

Es ist von einer „nationalen Tragödie" die Rede; der Staatsapparat zeigt sich in Kriegsstimmung; die bürgerliche Presse ist noch aufgeregter. Die BZ fordert ihre LeserInnen mit einer Riesenüberschrift auf: „Betet für sie!" Aber für die über Hunderttausend IrakerInnen, die seit dem Beginn des Krieges gestorben sind, hat die BZ noch nie gebetet.

Politiker wie Außenminister Steinmeier flüstern den Medien zu: „Es geht nur um Lösegeld." Aber die Entführer sind unbestreitbar politisch motivtiert. Warum haben sie etwas gegen die deutsche Regierung? Es wird von den wenigsten Menschen hierzulande wahrgenommen, aber Deutschland tut einiges, um die Besatzung des Iraks aufrecht zu halten. Zum Beispiel bildet das Bundeskriminalamt seit Mitte 2004 irakische Polizisten aus, um die Besatzungsarmeen zu entlasten.

Die Berliner Zeitung behauptet am 30.11.: *„Das Kidnapping .... hat aus dem Kriegsgegner Deutschland plötzlich einen Kombattenten gemacht."* Das klingt beim ersten Mal Lesen lächerlich, denn die indirekte Beteiligung Deutschlands an der Besatzung des Iraks begann schon vor Jahren. Aber beim zweiten Mal Lesen ergibt sich der Sinn: *in den Augen der Berliner Zeitung* wird Deutschland jetzt zu einem Kombattenten. Den LeserInnen soll jetzt klar gemacht werden, warum Deutschland da mitspielen musste.

Vom Establishment der BRD hört es sich so an: *„Wir haben versucht, uns aus dem Angriffskrieg rauszuhalten. Jetzt ist der Krieg zu uns gekommen"* (ebenfalls Berliner Zeitung). Nachdem die deutsche Regierung unverzichtbare Beihilfe zum Angriffskrieg geleistet hat, behauptet sie jetzt, erst die kleine Gruppe von Entführern hätte Deutschland in den Konflikt hineingezogen.



Eine Deutsche wird von Aufständischen entführt: „Ein Verbrechen"

Die Kriegsgegner

Die EU-Staaten sind für die Verhältnisse im Irak mitverantwortlich. Was Osthoff erlebt ist zweifellos schrecklich, aber schrecklichere Dinge passieren unzähligen IrakerInnen jeden Tag: ein Mann wird von der Polizei verschleppt, monatelang in einem geheimen Gefängnis gehalten und gefoltert, bevor er komplett verschwindet; ein Kind wird durch Phosphor-Bomben der US-Luftwaffe lebendig verbrannt; Dutzende Menschen werden durch ein Bombenattentat auf einem öffentlichen Markt in die Luft gesprengt; mehrere Familien auf einer Hochzeitsfeier werden mit tonnenschweren Bomben getötet; ganze Städte wie Falludscha werden dem Erdboden gleichgemacht. Das ist alles Produkt der Besatzung. Selbst der ehemalige Premierminister Allawi gibt mittlerweile zu, das was Folter, Entführungen und Hinrichtungen angeht, dieses Regime das von Saddam ein- und überholt.

Die Entführer behaupten, Osthoff wäre an dem Schmuggel irakischer Kunstgüter aus dem Land beteiligt. Es ist natürlich schwer zu sagen, was irgendein Mensch im Irak macht. Den Besatzungssoldaten wird „humanitäre Arbeit" zugeschrieben und schwer bewaffnete Söldner werden „zivile Auftragsnehmer" genannt. Aber es scheint, als ob die Frau erst verschleppt, und die politische Rechtfertigung mit dem Schmuggel erst im Nachhinein erfunden wurde.

Osthof war wahrscheinlich nicht an der Besatzung beteiligt. Wahrscheinlich kann sie sogar als eine Gegnerin von dieser gezählt werden.

Die Widerstandskämpfer

Über 200.000 IrakerInnen kämpfen gegen die Besatzung. Der irakische Widerstand kämpft für das elementarste demokratische Prinzip, ohne Fremdherrschaft zu leben. Das Recht, sich mit allen möglichen Mitteln gegen die Besatzung zu wehren, muss von der Linken in allen Ländern verteidigt werden, auch wenn deshalb nicht jede einzelne Aktion verteidigt werden muss. Denn die Tötung von ZivilistInnen, die nicht in die Besatzung verstrickt sind – egal ob die Verschleppung von westlichen JournalistInnen FriedensaktivistInnen, oder Bombenattentate auf öffentlichen Plätzen – ist kontraproduktiv, weil sie die irakische Bevölkerung weiter spaltet und die Bevölkerung in den imperialistischen Ländern gegen die Aufständischen wendet.

Der deutsche Imperialismus und seine Medien arbeiten genau in diesem Sinn: die Entführung wird als Beweis angeführt, um Deutschlands Hilfe für die Besatzung nachträglich zu rechtfertigen. Es sind die imperialistischen Mächten und die US-geführte Besatzung, die letztlich für alle Gräueltaten im Land verantwortlich sind. Ohne den Abzug der Besatzungsheere kann und wird es nie Selbstbestimmung und Gerechtigkeit geben, und damit kann es auch keinen Frieden geben.

Der irakische Widerstand muss versuchen, die Unterstützung der ArbeiterInnen und Jugendliche in allen imperialistischen Ländern zu gewinnen. Wenn es große Demonstrationen gegen die Besatzung in den reichen Metropolen gibt, wird es allen IrakerInnen klar, dass nicht „die Amis" oder „die Deutschen" ihre Feinde sind, sondern die herrschende Klasse dieser Staaten.

Die Bombenattentate

Attentate gegen die schiitische Mehrheit im Land sind noch destruktiver als die Entführungen von Journalisten. Denn so lange die verschiedenen ethnischen Gruppen im Irak gegeneinander kämpfen, haben die Besatzungsmächte keine Sorgen – durch das Prinzip „Teile und Herrsche" konnten imperialistische Mächte ein ganzes Jahrhundert lang den Irak in Abhängigkeit halten.

Es gibt andere Formen des Widerstandeskampfes, über die weniger berichtet wird als die Bombenattentate: Arbeitsniederlegungen im Öl-Sektor gegen den Angriff auf Falludscha, Frauendemos im Herzen Bagdads gegen die



Viele IrakerInnen werden von Besatzungstruppen entführt: „Eine Sicherheitsmaßnahme"

frei!

Festschreibung von Frauenunterdrückung in der Verfassung usw. Die Bombenattentate und Entführungen gibt es nur deshalb, weil so viele andere Formen des politischen Protestes permanent unterdrückt werden.

Merkel versichert, sie wird „alles mögliche" tun, um das Leben der Frau zu retten. Nicht erwähnt wird die Möglichkeit, dass die deutsche Regierung tatsächlich jegliche Unterstützung für das Besatzungsregime einstellt.

Denn der Verzicht auf Besatzung liegt für diese Regierung jenseits des Denkbaren. Deutschland ist ein imperialistischer Staat, dessen Existenz von der Ausplünderung fremder Länder abhängt. Deutsche Konzerne brauchen ungehinderten Zugang zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten überall auf der Welt. Deshalb wird die Bundeswehr zu einer professionellen Interventionsarmee umgebaut: um die „deutschen Interessen am Hindukusch" (in Afghanistan) durchzusetzen. Besatzung gehört zu diesem Wirtschaftssystem wie das Wasser zum Meer. Deshalb muss der Kampf gegen die Besatzung Iraks und Afghanistans mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden werden.

Das Beispiel Spanien zeigt, dass eine Masenbewegung von Millionen ArbeiterInnen und Jugendlichen, eine Besatzungsmacht zum Rückzug zwingen kann. Nachdem über 90% der Bevölkerung sich gegen den Irak-Krieg geäußert hat und 20% sich an Protesten auf der Straße beteiligte, musste die spanische Armee aus dem Irak abziehen.

Die Perspektiven

Wir rufen dazu auf, den irakischen Widerstand zu unterstützen. Es ist notwendig, die Menschen, die von der Besatzung betroffen sind und sich dagegen wehren, zu unterstützen. Dazu muss man nicht die politischen Strategien der Widerstandsgruppen billigen.

Diese haben in der Regel religiöse oder nationalistische Ideologien, die reaktionär sind und den Kampf zurückhalten. Nur wenn der irakische Widerstand von einer internationalistischen, kommunistischen Arbeiterpartei geleitet wird, können die verschiedenen ethnischen Gruppen, die Frauen, die Ölarbeiter, die Arbeitslose vereinigt werden. Nur mit einer sozialistischen Perspektive kann die Macht der internationalen und einheimischen Kapitalisten, die den Irak ausplündern, gebrochen werden. Wir können dazu beitragen, dass so eine antikapitalistische Bewegung entsteht, wenn wir jetzt den irakischen Widerstand kritisch gegen die Besatzung und unsere Regierung unterstützen.

Stellungnahme vom 5.12.05 (krass gekürzt)

„Es ist eine Straftat, sich bei SEGI zu organisieren"

Interview mit Miguel Martinez von der verbotenen linken Jugendorganisation SEGI aus dem Baskenland



Wie ist die Situation der baskischen Jugend?

Der Kapitalismus hat eine sehr beunruhigende Situation geschaffen. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen zwischen 18 und 30 Jahren liegt bei 23%. Unter denen, die Arbeit haben, haben 95% Zeitverträge und damit keine Jobsicherheit.

Es gibt 300.000 leer stehende Wohnungen im Baskenland, aber nur 21% der Jugendlichen wohnen außerhalb des Elternhauses. Denn das Durchschnittseinkommen für Jugendliche beträgt 720 Euro, aber die Durchschnittsmiete ist 711 Euro. Und der Besetzung von Häusern wird mit staatlicher Repression begegnet.

Was macht SEGI, um das zu ändern?

Im Moment ist SEGI eine illegale Organisation. Aber die praktischen Auswirkungen davon sind im Endeffekt null, denn wir arbeiten offen in allen Dörfern, Stadtteilen und Universitäten im Baskenland. Wir haben etwa 1.500 Mitglieder und viel mehr Sympathisanten – in einem Land mit weniger EinwohnerInnen als Berlin.

Wir brauchen Jugendliche mit einem kollektiven Bewusstsein, mit dem Bewusstsein, dass sie zu einer unterdrückten Klasse gehören. Um das zu erreichen, organisieren wir Kampagnen, Veranstaltungen und Kämpfe auf der Straße, zum Beispiel gegen Zeitarbeitsfirmen, die Jugendliche ausbeuten, oder zur Verteidigung besetzter Häuser.

Welche Art von Repression gibt es gegen SEGI?

Dieses Jahr gab es einen Prozess gegen 42 Mitgliedern von SEGI. Der spanische Staat warf ihnen vor, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein. Das Gericht hat den Vorwurf des Terrorismus abgelehnt, dennoch wurde SEGI für gesetzwidrig erklärt.

Heutzutage ist es eine Straftat, sich bei SEGI zu organisieren. Plakate zu kleben oder T-Shirts mit dem SEGI-Logo zu tragen, sind ebenfalls Straftaten – in Spanien, in Frankreich ist das legal. Wenn du ein Jugendlicher aus dem Baskenland bist und dich für deine Ideen einsetzt, kannst du sicher sein, dass du Probleme mit der spanischen Justiz bekommst.

Was sind eure aktuellen Projekte?

Jede Ortsgruppe versucht, die Realität in ihrem Dorf oder Stadtteil zu ändern. Es gibt Dörfer mit mehr Arbeitslosigkeit oder weniger selbstverwalteten Räumen oder mehr Kämpfen in den Schulen usw.

Aber wir haben auch nationale Events. Dieses Jahr wird das „Gazte Topagunea" (Jugendtreffen) etwa 20.000 Jugendliche für drei Tage mit Konzerten und Seminaren zusammenbringen. Wir wollen die Kraft und die organisatorische Kapazität von SEGI innerhalb der baskischen Jugend zeigen. Um ein Beispiel zu geben: 3.000 Freiwillige werden mitarbeiten, um Essen und Getränke zu servieren oder Bühnen und Zelte aufzubauen.

Die Topagunea soll verschiedene Kämpfe aus dem ganzen Baskenland, aber auch aus anderen Teilen der Welt widerspiegeln. Deshalb laden wir alle Jugendlichen, welche die Welt verändern wollen, ein, im April 2006 zu uns zu kommen.

Interview: Huey aus Kreuzberg

Das Erdbeben war eine Naturkatastrophe...

...aber die Rettungsarbeiten waren eine Katastrophe, die allein die Militärregierung zu verantworten hat.



Das Erdbeben vom 8. Oktober war die schlimmste Naturkatastrophe, die die von Pakistan besetzten Teile von Kaschmir und die Nordwest-Grenzprovinz Pakistans je erlebt haben. Die Zahl der Todesopfer ist unglaublich hoch. Offiziell beträgt sie 80.000, aber manche Schätzungen gehen von 250.000 oder 300.000 Toten aus. Die Zahl der Verwundeten ist nicht geringer. Dann gibt es noch diejenige, deren Leben zerstört wurden, die Waisen, die Armen – eine Tragödie.

In den betroffenen Gebieten wurden 90% der Gebäude beschädigt: etwa 6.000 Schulgebäude haben Schaden. Nach offiziellen Schätzungen wurden 4 Millionen Menschen vom Erdbeben betroffen, einschließlich 2,5 Millionen, die jede Unterkunft und jeden Unterhalt verloren haben.

Militärische Antworten

Laut Weltgesundheitsorganisation WHO war das Erdbeben eine größere Katastrophe als der Tsunami von einem Jahr davor, was die Zahl der Obdachslosen angeht. Trotzdem war die Militärregierung von General Musharaf nicht in der Lage, auf diese Krise eine Antwort zu geben. Das Regime hat sogar behauptet, es sei ein kleines Erdbeben ohne viele Opfer gewesen.

Fast fünf Wochen nach dem Beben hatten die Rettungsarbeiten der Regierung viele Dörfer nicht erreicht. In diesen Gebieten warten hunderttausende Überlebende, nach vielen Nächten in der Kälte, immer noch verzweifelt auf Hilfe. Mit dem Winterschnee in den Bergen Kaschmirs sinkt die Temperatur unter Null.

Ohne Unterkunft, Essen oder warme Kleidung werden viele Menschen, die schon beim Erdbeben Verwandte und FreundInnen verloren haben, ebenfalls sterben. Die aktuelle Regierung von Pakistan sowie ihre Vorgänger haben Vorbereitungen selbst für kleine Naturkatastrophen vernachlässigt. Das Militärregime hat wenige Hubschrauber, aber dafür viele F-16-Jets angeschafft – die für Rettungsarbeit wenig taugen.

Alle Aktionen von Musharaf militarisieren die Hilfelieferungen. General Farooq Ahmed wurde als Hilfe-Kommissar eingesetzt, und Militäroffiziere dominieren bei den Wiederaufbauarbeiten, was den lokalen Gemeinschaften keine Möglichkeit gibt, beim Wiederaufbau mitzumachen oder die Bauarbeiten selbst zu kontrollieren.

Imperialistische Antworten

Die Antworten der USA und der reichen Länder der EU waren schändlich. Sie werden Pakistans Auslandsschulden – die etwa 30 Milliarden US-Dollar betragen – nicht streichen. Obwohl grundsätzlich jede helfende Hand gebraucht wird, haben die Truppen der NATO und der USA in Pakistan ebenfalls zur Militarisierung des Wiederaufbaus beigetragen. Deshalb lehnen die überwältigende Mehrheit der PakistanerInnen die Präsenz dieser Truppen ab.

Das Musharaf-Regime versucht weiterhin, den Eindruck zu vermitteln, das Militär sei die einzige Institution in Pakistan, auf die sich die Bevölkerung verlassen kann. Die letzten sechs Jahre, in denen die Generäle die Gesellschaft dominiert haben, geben allerdings einen anderen Eindruck: die Militärherrschaft hat die Probleme der Massen nur vergrößert. Das sieht man in den Folgen des Erdbebens sehr eindeutig.

Es gab eine beeindruckende Antwort der einfachen Leute, vor allem der Jugend. Viele von ihnen sind in die betroffenen Gebiete gefahren, und die Bevölkerung hat schon Spenden in Höhe von über 200 Millionen US-Dollar gesammelt.

Aber das kapitalistische System, das in Pakistan herrscht, ist weniger großzügig. Kapitalismus basiert auf Profiten durch Ausbeutung, nicht auf den Bedürfnissen der Menschen in dieser Notsituation. Pakistanische Unternehmen haben schon große Profite gemacht: die Preise für Zelte und Decken haben sich schon verdreifacht, Transportunternehmen haben ihre Preise mehr als verdoppelt, um LKWs für die Hilfslieferungen zu vermieten.

Sozialistische Antworten

Eine sozialistische Alternative ist notwendig, damit die Menschheit solche Krisen meistern kann. Das kapitalistische System, in dem Reichtum für die Wenigen, auf Kosten der Vielen, geschaffen wird, muss überwunden werden. Sozialismus als Produkt einer Revolte gegen die Militärherrschaft und den Imperialismus ist durchaus möglich: Wenn sich die Hundert Millionen Werktätigen Pakistans erheben, haben sie mehr Kraft als jedes Erdbeben.

von Shahzad aus Lahore / Pakistan

Join the REVOLUTION!

In allen großen Bewegungen der Vergangenheit war die Jugend der radikalste Teil. Wir von REVOLUTION sind eine kommunistische Jugendorganisation, die in Opposition zu Krieg, Sozialabbau, Rassismus, Sexismus, Armut, Hunger, Ausbeutung, Entfremdung, und Umweltzerstörung steht. Kurz: Gegen alles, was wir dem kapitalistischen System zu verdanken haben und gegen alles, was wir dem kapitalistischen System noch verdanken werden.

REVO ist eine internationale Gruppe. Wir sind weltweit organisiert, in neun Ländern auf drei Kontinenten. In Deutschland haben wir mehrere Ortsgruppen. Wir sind eine kleine Gruppe, aber unser Ziel ist es, eine revolutionäre Massenbewegung aufzubauen.

REVO unterstützt alle Kämpfe für eine bessere Welt, aber wir sind nicht der Illusion behaftet, dass die Kapitalisten ihren Reichtum und ihre Privilegien freiwillig, durch irgendwelche Wahlen abgeben werden. Um die Macht und den Reichtum der herrschenden Klasse zu erlangen, bedarf es einer revolutionären Umwälzung, die mit ihrer gesellschaftlichen Vormachtstellung bricht und sie der Mehrheit übergibt.



REVO-TV (von den G8-Protesten)

Wir lehnen Terrorismus und Einzelaktionen von Kleingruppen ab. Stattdessen versuchen wir, eine Massenbewegung aufzubauen, die ihre Stütze in der Mehrheit der Bevölkerung hat – der Arbeiterklasse. Denn die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, den Kapitalismus zu behalten und sie hat die Möglichkeit, dieses verfaulende System niederzuschmettern.

Wir bekämpfen jede Form von Diskriminierung und Unterdrückung: Sexismus, Rassismus, Nationalismus, Homophobie usw. Diese Ideologien werden von den Kapitalisten genutzt, um uns zu spalten und unseren Kampf zu schwächen.

Wir sind Internationalisten, keine Nationalisten. Kapitalismus ist ein globales System, wir müssen es daher global bekämpfen. Dazu muss jede Landesgrenze und nationale Beschränktheit überwunden werden, um uns zu einer wahren globalen und vereinten Menschheit, ohne nationalistische Bigotterie, Kriege und Klassenaufspaltung, hinzubewegen.

Wir wollen Kapitalismus durch Sozialismus ersetzen, aber nicht durch den so genannten „Realsozialismus" des ehemaligen Ostblocks. Als die UdSSR 1989 unterging, war es nicht der Sozialismus der dahinschied, sondern der Stalinismus. Viele Errungenschaften der Oktoberrevolution wurden schon unmittelbar nach Lenins Tod rückgängig gemacht, und zwar im Namen einer neu entstanden Bürokratie, die den Status Quo wahren wollten und jede Opposition niederschlug.

Eine wirklich sozialistische Gesellschaft würde auf demokratischen Räten und demokratischer Planung der Wirtschaft auf Grundlage der menschlichen Bedürfnisse beruhen.

Alles bei REVOLUTION läuft demokratisch ab. Du wirst niemals von nicht gewählten Leuten herumkommandiert. Unsere Organisation gehört den Mitgliedern. Es gibt breit gefächerte Ansichten, Ideen und Interessen in REVO – jeder hat ein Mitspracherecht und wir regeln unsere Entscheidungen an der Basis. Wir gehören auch keiner Partei an und sind daher unabhängig.

Auf unserer Website findest du unser Manifest und ein Archiv unserer Zeitungen. Wenn du aktiv werden willst, schick uns eine Mail, schreib etwas in unserem Internetforum oder schau bei einem Treffen vorbei.

ORGANIZE!

REVOLUTION berlin

jeden Sonntag um 15 Uhr im Kiezladen
Dunckerstr. 14, S-Bhf Prenzlauer Allee
info@onesolutionrevolution.de
☎ 030 / 62 60 77 41

REVOLUTION bundesweit

bernau@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

Dein Geld der REVOLUTION!

Bank: Postbank**; Konto:** 6475 84 100
BLZ: 100 100 10**; Stichwort:** REVO!

V.i.S.d.P. R. Müller, Hafenstr. 17, Hamburg

www.onesolutionrevolution.de

MOBILIZE!

Samstag, 14. Januar

„Repression-Antirepression" Veranstaltung mit REVOLUTION, der Revo-Gruppe aus Prag und Gruppe Oihuka (Baskenland)
19 Uhr, Sama-Café, Samariterstr. 32
ab 22 Uhr: Soliparty für Unordnung!
➟ **www.onesolutionrevolution.de**

Sonntag, 15. Januar

Luxemburg-Liebknecht-Luxemburg-Demo
Kommt zum Internationalistischen Block!
15 Uhr, Frankfurter Tor, Berlin
➟ **www.llldemo.tk**

25-29. Januar

Proteste gegen den WEF-Gipfel in Davos
Demo: *28.1., 14 Uhr, Barfüsserplatz, Basel*
➟ **www.revo.ch.tc**

Samstag, 28. Januar

Naziaufmarsch in Dortmund verhindern!
10 Uhr, Hauptbahnhof, Vorplatz, Dortmund
➟ **www.no-nazis.de**
Naziaufmarsch in Celle verhindern!
9 Uhr, Heeseplatz, Celle
➟ **www.kein-naziaufmarsch.tk**

Samstag, 4. Februar

Zerschlagt die NATO-Kriegskonferenz!
12 Uhr, Lenbachplatz, München
➟ **www.no-nato.de**

weitere Termine für Berlin

➟ **stressfaktor.squat.net/termine.php**

Ein paar Worte vom Layoutierer...

Ein neues Jahr, eine neue LLL-Demo, eine neue Nummer von REVOLUTION. Einige Artikel, die aus Platzgründen nicht mehr hier reingepasst haben, wie eine Stellungnahme zu den Krawallen in Frankreich oder Reiseberichte eines Revo-Aktivisten in Palästina („Postkarten aus Palästina", „Interview mit einer ISM-Aktivistin", „Augenzeugenbericht über Proteste in der West-Bank" und „Geschichte eines Antideutschen in Israel") sind auf unserer Website zu finden. Wir wünschen ein rotes 2006!

Berlin, den 13. Januar 2006

p.s. Danke an Gaztesarea.info fürs Titelbild!

ich-bin-sauarm-Preis: **0,50 €**
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **1 €**
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: **100 €**



Unordnung stiften!

Die Ordnung herrscht in der Welt.

Nach den Randalen der jungen MigrantInnen in den Vorstädten Frankreichs konnte die Bereitschaftspolizei die Ordnung wiederherstellen. Nach dem Aufstand der SlumbewohnerInnen und BergarbeiterInnen in Bolivien konnte die Armee die Ordnung wiederherstellen. Nach dem Krieg im Irak versuchen die Besatzungsmächte, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen und die Ordnung wiederherzustellen.

„Ordnung" bedeutet nichts anderes, als dass die Herrscher ungestört herrschen können. Die Räder des Systems drehen, die Ausbeutung von Milliarden Menschen nimmt ihren reibungslosen Lauf. 30.000 Menschen am Tag sterben an den Folgen von Hunger oder heilbaren Krankheiten, und dagegen erhebt sich kaum eine Stimme. Wie ordentlich!

Wenn die Unterdrückten ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen beginnen, heißt das in den Medien der Mächtigen „Unordnung". Wenn wir uns gegen Nazis, Krieg, oder die Lehrerwillkür in der Schule engagieren wollen, nennen sie uns „Chaoten". Wenn die ArbeiterInnen in einer Fabrik selbst entscheiden wollen, was und wie dort produziert wird, werden sie „Unruhestifter" genannt. Die Hüter der Ordnung fühlen sich bedroht, so bald wir uns gegen das kapitalistische System zu organisieren beginnen.

Eine Revolution, eine Umwälzung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, ist ziemlich das Unordentlichste, was sie sich vorstellen können.

Das jährliche Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bietet eine gute Gelegenheit, um über Ordnung und Unordnung, Kapitalismus und Sozialismus nachzudenken.

1918 ging der erste Weltkrieg zu Ende. Der Kaiser wurde gestürzt und die jungen ArbeiterInnen Berlins haben versucht, das Leben im Sinne der internationalen Solidarität und des Sozialismus neu zu ordnen. Doch der Staat schritt ein, um diesem „Chaos" ein Ende zu setzen.

Die Revolution wich der kapitalistischen Ordnung: tausende RevolutionärInnen wurden eingekerkert oder ermordet, u.a. die beiden KPD-GründerInnen Luxemburg und Liebknecht. Die SPD, damals wie heute verantwortlich für kapitalistische Politik im Namen der ArbeiterInnen, organisierte diese Repression.

Aber nur weil Law and Order mit Gewalt durchgesetzt werden, heißt das nicht, dass wir sie akzeptieren. Um an die Revolutionen von damals zu erinnern, um die von morgen vorzubereiten, werden wir demonstrieren.

Ordnung herrscht in Berlin? **Nicht mit uns!**

Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demo-2006

Sonntag * 15. Januar * 10 Uhr * Frankfurter Tor * Berlin

www.onesolutionrevolution.de